

Handy an Schulen: Lehrverband fordert klare Vorgaben

In Basel-Stadt besteht faktisch ein Handy-Verbot – aber ohne kantonale Richtlinie, dafür mit vielen, schuleigenen Ausnahmen.

von Claude Bühler



Der Präsident Freiwillige Schulsynode Basel FSS Jean-Michel Héritier. Die Mehrheit des FSS spricht sich für Handy-Verbot aus. Bild: Unsplash Bilddatenbank BS Anja Sciarra

Kurz und knapp:

- Die Kantone Nidwalden und Aargau haben per neue Schulsaison ein Handyverbot eingeführt. In Basel-Stadt erlässt jedes Schulhaus eigene Regeln.
- Tatsächlich gilt aber in allen Schulhäusern ein unterschiedlich ausgestaltetes Handy-Verbot im Unterricht.
- Das sei ein Flickenteppich, kritisiert die Freiwillige Schulsynode Basel FSS. Der Berufsverband des Kantons fordert klare, einheitliche Vorgaben.

Seit dem 1. August kennen die Kantone Nidwalden und Aargau ein Schul-Handyverbot. An den Nidwaldner Volksschulen dürfen die Geräte nur noch zu Unterrichtszwecken oder im Notfall benutzt werden.

Bis zur neunten Klasse sind im Aargau die Taschencomputer weder im Unterricht noch in den Pausen, aber auch generell auf Schulanlagen und bei schulischen Anlässen nicht gestattet. Ob das Gerät in der Tasche bleiben oder eingezogen wird, bleibt Sache der einzelnen Schulleitung. Aber sonst gilt: Gleiche Regeln für alle.

Gleiche Regeln: Genau das vermisst bei dem hitzig diskutierten Kampfthema der grösste Teil der Basel-städtischen Lehrpersonen, die im Berufsverband Freiwillige Schulsynode FSS zusammengeschlossen sind.

Denn in Basel-Stadt enthält sich das Erziehungsdepartement einer Haltung. Die heisse Kartoffel wird den Schulleitungen überlassen: Diese haben – siehe weiter unten – im Rahmen einer «Teilautonomie» je einen eigenen Regelkatalog erlassen und offenbar aktuell auch Verschärfungen eingeführt, wobei hierzu das Departement Informationen zurückhält.

«Jede Schule erfindet das Rad neu – nicht sinnvoll»

Dass Schulleitungen allein für das eigene Schulhaus Handy-Regeln aufstellen, das soll so nicht bleiben. «Wir sind daran, eine diesbezügliche Eingabe an das Erziehungsdepartement Basel-Stadt zu formulieren», erläutert auf Anfrage FSS-Präsident Jean-Michel Héritier. Die genaue Forderung und der Wortlaut werden innerhalb der FSS noch diskutiert.

Aber klar ist: «Das gegenwärtige System ist ein Flickenteppich, das ist unbefriedigend». Dass jede Schulleitung «das Rad neu erfinde», sei nicht sinnvoll. Das führe nebst grossem Aufwand für die Schulleitungen auch zu Lücken.

«Nehmen wir das Beispiel 'Garderoben'. Sollen da Handys zugelassen werden, auch wenn Kinder und Teenager beim Umziehen gefilmt und die Bilder sofort irgendwo gepostet werden können?», führt Héritier aus. Und man könnte weiter folgern: Käme es zu einem diesbezüglichen Vorfall, wie stünde es mit der politischen Verantwortung des Erziehungsdepartements?

Héritier sieht die unterschiedliche Handhabung an den Schulhäusern auch aus weiteren Gründen kritisch: «Wenn es in den Schulleitungen zu Wechseln kommt, können sich die Handy-Regeln ändern. Und wenn eine Familie das Quartier wechselt, trifft sie dort im neuen Schulhaus aus nicht nachvollziehbaren Gründen plötzlich auf andere Vorgaben».

Mehrheit der Lehrkräfte für Handy-Verbot

Bei der FSS mit ihren über 4'000 Mitgliedern hat das Thema eine hohe Priorität. «Wir müssen klar festhalten: Wir können nur lernzielorientiert unterrichten, weil es in unseren Schulen bereits klare Restriktionen bezüglich der Verwendung und der Präsenz der Handys

gibt: Konzentrierter Unterricht ist mit frei verfügbaren Handys, ausser in klar definierten Situationen, schlicht nicht möglich», sagt Héritier.

Am 23. Juni dieses Jahres informierte die FSS intern über eine aktuell durchgeführte Kurzumfrage zum Handyverbot. Der Rücklauf sei überragend gewesen: 1'480 Mitglieder aus allen Schulstufen haben teilgenommen.

Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent sprach sich dafür aus, dass sich die FSS für ein generelles Handyverbot an der gesamten Volksschule einsetzen soll; 39 Prozent waren dafür, dass die FSS sich dafür einsetzen soll, dass stufenspezifische Richtlinien ausgearbeitet werden sollen.

Podcast



Entscheiden die nächsten Daten über das Börsenjahr?

BKB-Anlagechef Sandro Merino über Arbeitsmarktzahlen, Inflation und den baldigen Zinsentscheid der US-Notenbank.

Entzugserscheinungen bei Schulausflug

Letzteres soll jetzt also mindestens geschehen. «Wir müssen uns jetzt dem Thema stellen, auch im Sinne der Suchtprophylaxe», so Héritier. Dazu schildert er ein Beispiel aus seinem Lehreralltag. Kürzlich veranstaltete er einen fünftägigen Schulausflug mit «Sechstklässlern», also 13-Jährigen. Schon die Ankündigung, dass dieser ohne die Taschencomputer stattfinde, sorgte für Diskussionen mit Kindern, aber auch Eltern.

«Es gab Kinder, die wollten deshalb nicht mitkommen. Und bei gewissen Eltern löste die Vorstellung, dass man mal für fünf Tage und vier Nächte die elektronische Nabelschnur unterbricht, massives Unbehagen aus», erzählt Héritier. Auch während des Ausflugs seien zu Beginn bei einigen Kindern Entzugserscheinungen spürbar geworden.

Bei der Mehrzahl der Lehrpersonen sei – auch wegen solcher Beispiele – klar, dass die Schule hier mit erzieherischer Arbeit intervenieren müsse. «Andere Lehrkräfte finden, dass die Eltern hier stärker in die Pflicht zu nehmen sind».

Erziehungsdepartement verweigert Informationen

Welche Regeln gelten in Basel-Stadt? Welche Verschärfungen wurden per neuem Schuljahr ab August in den Schulhäusern eingeführt? Darüber informierte das Erziehungsdepartement ED nur sehr zögerlich und auch ungenau. Gleichzeitig hat es den Schulleitungen zum Thema einen Maulkorb verpasst. Medienanfragen würden auch beim Thema Handy zentral über die ED-Medienstelle koordiniert und beantwortet, hiess es auf Anfrage.

Das Vorgehen hat zu einem Nach-Sommerferien-Theater des Departements mit der Plattform ↗ **Bajour** geführt, die mit der simplen Anfrage nach allfälligen Verschärfungen in Basel-Stadt auflief. Man bestätigte lediglich, dass es solche Verschärfungen gab, aber nicht welcher Art und wo.

Diese Frage stellt sich die Öffentlichkeit nach den Entscheiden in Nidwalden und im Aargau nun mal. Aber vom ED hiess es nur: «Wenn wir diese (Verschärfungen) jetzt herauspicken und kommunizieren, sagt das nichts über die allgemeine Handynutzung an Schulen aus. Wir möchten daher darauf verzichten.»

Auch Prime News wurde vom Departementssitz Mustafa Aticis an der Leimenstrasse nur mit einer Global-Aussage abgefertigt: Wenige Schulen hätten ihre Vorgaben auf den Schuljahresbeginn hin «präzisiert oder angepasst». Nicht mal die Regelverschärfung wurde bestätigt.

Trotz objektiv gegenteiligem Sachverhalt bestreitet das Departement, zum Thema irgendwelche Informationen zu verweigern.

Von Schulhaus zu Schulhaus verschieden

Oberflächlich betrachtet herrscht auch in Basel-Stadt ein weitgehendes Handy-Verbot an den Schulen. Obwohl kantonale Vorgaben explizit fehlen, wie es amtlich betont wird, dürfen Handys weder an den Primar- noch an den Sekundarschulen im Unterricht hör- oder sichtbar sein.

Ansonsten herrschen – insbesondere in den Sekundarschulen – in den Pausen, in der Mittagspause und bezüglich Einkäufen am Kiosk höchst unterschiedliche Regeln (siehe ↗ **Liste**). Am einen Ort ist die Nutzung des Geräts ausserhalb des Schulgeländes erlaubt, an anderen ist lautlose Nutzung in der Mittagspause «möglich». Man kann sagen: Von Schulhaus zu Schulhaus verschieden.

Etwas linearer sieht es auf den ersten Blick an den Primarschulen aus: Dort dürfen Handys im Unterricht und in den Pausen nicht hör- oder sichtbar sein.

Bei gut einem Drittel der Primarschulen und auch einer Reihe von Sekundarschulen heisst es jedoch bezüglich Tagesstruktur-Regeln: «Keine Angabe». Die Öffentlichkeit darf hierzu also nichts erfahren – oder die Schulleitungen haben ihre Gangart dem Departement nicht mitgeteilt.

Mehrere Schulen setzten laut dem Erziehungsdepartement sogenannte Handyhotels (Handyboxen) ein, «um die Handhabung zu vereinfachen».

Mit der Forderung nach einer kantonalen Richtlinie befindet sich die FSS auf Kurs der Petition von GLP-Grossrätin Sandra Bothe, die eine «smartphonefreie Schulkultur» fordert. Diese könnte noch in diesem Herbst im Grossen Rat behandelt werden.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt  herunterladen.